

22. Dez. 1986

2201

Protokoll zur Verlängerung der Vereinbarung über den internationalen Handel mit Textilien

An den Bundesrat

Aufgrund des Antrages des EVD vom 12. Dezember 1986

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

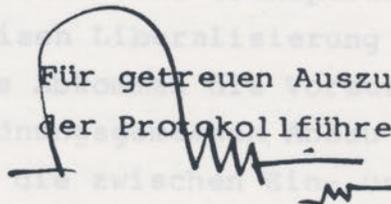
beschlossen:

1. Das Protokoll vom 31. Juli 1986 zur Verlängerung der Vereinbarung über den internationalen Handel mit Textilien wird genehmigt und vom 1. Januar 1987 an vorläufig angewendet.
2. Das BAWI wird ermächtigt, dem Generaldirektor des GATT die vorläufige Anwendung des Protokolls unter Genehmigungsvorbehalt zu notifizieren.
3. Das Protokoll wird mit dem Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 86/2 den eidgenössischen Räten zur Genehmigung unterbreitet.
4. Das BAWI wird ermächtigt, nach der parlamentarischen Genehmigung dem Generaldirektor des GATT die Erfüllung des innerstaatlichen Genehmigungsverfahrens zu notifizieren.

Veröffentlichung:

Amtliche Sammlung

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:



Protokollauszug an:

ohne / mit Beilage

z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	<input checked="" type="checkbox"/>	EDA	6	-
		EDI		
	<input checked="" type="checkbox"/>	EJPD	5	-
		EMD		
	<input checked="" type="checkbox"/>	EFD	7	-
<input checked="" type="checkbox"/>		EVD	15	-
		EVED		
<input checked="" type="checkbox"/>		BK	4	-
	<input checked="" type="checkbox"/>	EFK	2	-
	<input checked="" type="checkbox"/>	Fin.Del.	2	-





EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

2540.9

Bern, den 12. Dezember 1986

An den Bundesrat

Protokoll zur Verlängerung der Vereinbarung über den internationalen Handel mit Textilien

1. Ausgangslage

Das multilaterale Abkommen über den internationalen Textilhandel (kurz Multifaserabkommen oder MFA), auf das sich das vorliegende Verlängerungsprotokoll bezieht, wurde Ende 1973 im Rahmen des GATT ausgehandelt und trat 1974 erstmals für vier Jahre in Kraft (SR 0.632.251). Ende 1977 wurde es für vier weitere Jahre verlängert (SR 0.632.251.1) und anschliessend, 1981 für eine Geltungsdauer von vier Jahren und sieben Monaten, d.h. bis am 31. Juli 1986 erneuert (SR 0.632.251.2). Ziel des MFA ist es, die Handelspolitik im Textilbereich nach multilateralen Regeln zu disziplinieren und transparenter zu gestalten, um sie einer schrittweisen Liberalisierung zuzuführen. Zu diesem Zweck regelt das Abkommen die Voraussetzungen, die Modalitäten sowie den ordnungsgemässen Abbau der vorübergehenden Schutzmassnahmen, die zwischen Ein- und Ausfuhrländern bilateral vereinbart werden können. Zudem unterstellt es diese Massnahmen der multilateralen Ueberwachung durch ein eigens dafür eingesetztes Gremium (Textilüberwachungsorgan).

Mit dem ersten Verlängerungsprotokoll von 1977 musste die Abkommensanwendung jedoch auf Druck verschiedener Einfuhrländer etwas gelockert werden. So wurden "vernünftige Abweichungen" von den massgebenden MFA-Bestimmungen zugelassen.

Die zweiten Verlängerungsverhandlungen von 1981 befassten sich in erster Linie mit der handelspolitisch wichtigen Frage der weiteren Entwicklung der bestehenden Schutzmassnahmen, wie sie zumeist aufgrund der Ausnahmeregelung von 1977 bestanden. Als Ergebnis konnte schliesslich im wesentlichen eine Präzisierung und folglich Disziplinierung der Schutzmöglichkeiten erreicht werden.

2. Die Umstände der Verlängerungsverhandlungen

Die Verlängerungsverhandlungen vom Juli dieses Jahres waren in doppelter Hinsicht äusserst schwierig: Einerseits fielen sie zeitlich mit der Vorbereitung neuer umfassender Handelsverhandlungen zusammen und andererseits verlangten die Entwicklungsländer konkrete Liberalisierungsmassnahmen, während die Industrieländer am Status quo festhalten oder gar zusätzliche Restriktionsmöglichkeiten einführen wollten. In den Verhandlungen ging es somit darum, dem MFA eine liberale Ausrichtung zu geben, ohne die von einigen Importländern geforderte Weiterführung der restriktiven Praktiken auszuschliessen. Das nun vorliegende MFA reflektiert denn auch diese paradoxen Voraussetzungen: in seiner Wortwahl zwar liberal, hält es an den bereits bestehenden Restriktionsmöglichkeiten fest.

3. Inhalt und Tragweite der Verhandlungsergebnisse

An sich stand im Blick auf den gegebenen wirtschaftlichen und negoziatorischen Kontext zum vornherein fest, dass das MFA erneuert würde, und zwar im wesentlichen in seiner ursprünglichen Form. Dennoch sind im dritten Verlängerungsprotokoll gewisse Neuerungen enthalten.

Die offensichtlichste Aenderung betrifft den Einbezug neuer bisher nicht erfasster pflanzlicher Fasern, mit welchen der vereinbarte Schutz gewisser Märkte gelegentlich umgangen worden war. Des weitern wird durch das neue Protokoll eine verstärkte administrative Zusammenarbeit unter den Signatarländern zur Verhinderung der Umgehung des Abkommens verlangt. Im gleichen Zusammenhang wurde vereinbart, dass bei erwiesenem

Vorliegen falscher Herkunftsangaben beim Import eine Mengengutschrift zugunsten des falscherweise als Herstellerland bezeichneten Staates zu erfolgen hat. Neu ist ebenfalls ein Passus über die Behandlung der Einfuhren aus den ärmsten Entwicklungsländern sowie aus neuen und kleinen Lieferländern. Danach sind Importbeschränkungen aus diesen Ländern nach Möglichkeit zu unterlassen resp. im Falle von Restriktionen bevorzugt zu behandeln. Ferner können gemäss den neuen Vorschriften bevorstehende, vorsorgliche Schutzmassnahmen einseitig um weitere 12 Monate verlängert werden. Im Protokoll wird erstmals das Problem der Fälschungen von Handelsmarken und Mustern ausdrücklich festgehalten.

Generell sieht somit das neue Verlängerungsprotokoll eine diszipliniere Anwendung des ursprünglichen Schutzdispositivs vor, weitet aber dessen Geltungsbereich aus. Der wünschenswerte Verzicht auf das MFA sowie konkrete Liberalisierungsfortschritte werden im übrigen nicht nur von den importierenden Industrieländern verunmöglicht, sondern auch von den exportierenden Entwicklungsländern, die auch die geringsten Ansätze einer vertraglichen Liberalisierung ablehnen. So blieb es denn auch diesmal bei der vagen Absichtserklärung, Endziel bleibe nach wie vor die Unterstellung des Textil- und Bekleidungshandels unter die normalen Regeln des Allgemeinen Abkommens.

4. Die Stellung der Schweiz in den MFA-Verhandlungen

Die Stellung der Schweiz hat sich gegenüber 1981 kaum verändert. Ihre liberale Haltung wurde ausdrücklicher als bisher anerkannt. Dies hatte allerdings gewisse Nachteile, indem, die Schweiz von Vertretern sowohl der Einfuhr- wie der Ausfuhrländern "in Anspruch" genommen wurde: die Einfuhrländer (EG, nordische Länder) versuchten, uns sozusagen als Kautions für Ihre neue, liberalere Einstellung anzupreisen, während die Ausfuhrländer uns als Vorkämpfer der von ihnen geforderten "Liberalisierung" betrachten wollten. Obwohl wir Verständnis für beide Seiten zeigen konnten, liessen wir dennoch keinen Zweifel daran aufkommen, dass wir uns weder mit der

einen noch mit der andern zu identifizieren geneigt waren. Wohl war unter den gegebenen Umständen (bevorstehende MTN) an substantielle Fortschritte in der von uns angestrebten echten, vertraglich abgesicherten Liberalisierung vorläufig nicht zu denken. Dennoch bleiben unverbindliche Absichtserklärungen auf die Dauer unbefriedigend. Der Zusammenhang zwischen Textilregime und den kommenden Verhandlungen resp. die Bedeutung der daraus erwarteten "Verbesserung" des GATT-Rechtes für die angestrebte Aufhebung des MFA konnte zwar wegen der Position einiger Entwicklungsländer nicht ausdrücklich festgehalten werden, wie es der Schweiz eigentlich als wünschbar erschienen wäre. Durch die auf fünf Jahre befristete MFA-Geltungsdauer wird die Beziehung dennoch wenigstens indirekt hergestellt. Somit sollten sich die nächsten MFA-Verhandlungen auf das MTN-Ergebnis abstützen können.

5. Die Schweizerische Interessenlage

Die Beteiligung der Schweiz am MFA IV empfiehlt sich aus verschiedenen Gründen:

- Das MFA IV wird ein Textilhandelsregime weiterführen, das sich in der Vergangenheit, wenn auch nur indirekt, günstig auf die Exportmöglichkeiten unserer Wirtschaft ausgewirkt hat.
- Die Schweiz musste bisher nie von ihren Rechten aus dem MFA Gebrauch machen. Doch ist damit nicht bewiesen, dass sie niemals in eine Lage kommen wird, in der sie sich mit Vorteil darauf berufen würde. Auch wenn dies gegenwärtig noch so unwahrscheinlich erscheint, ist ein pauschaler Verzicht auf gegebenenfalls willkommenen Instrumente nicht zu rechtfertigen.
- Es trifft zu, dass das MFA IV die exportierenden Entwicklungsländer bei weitem nicht restlos befriedigt. Dennoch haben sie Hand dazu geboten, denn ihre Vorteile aus der Mitgliedschaft überwiegen offensichtlich die potentiellen Nachteile ihres Abseitsstehens.

- Obwohl das MFA IV den liberalen Zielvorstellungen der Schweiz keineswegs in idealer Weise entspricht, lässt sich doch positiv vermerken, dass das Problem des Textilhandelsregimes angemessen in die Uruguay-Runde eingegliedert worden ist (Abstimmung der Laufzeit des MFA IV auf die mutmassliche Dauer der "grossen" Verhandlungen, Aufnahme des Themas in der Erklärung von Punta del Este und dessen Berücksichtigung im Verhandlungsprogramm). So besteht zumindest die Möglichkeit, zu einem späteren Zeitpunkt die angestrebte Liberalisierung herbeizuführen.
- Bis es dazu kommt, lassen sich die schweizerischen Anliegen zweifellos am wirksamsten innerhalb des MFA zur Geltung bringen. Die liberale Haltung eines MFA-Mitgliedlandes ist jedenfalls eine überzeugendere Demonstration als ein Abseitsstehen, das eher als Desoldarisierung verstanden würde.

6. Kompetenz und Vorgehen

Zur Wahrnehmung wesentlicher schweizerischer Wirtschaftsinteressen kann der Bundesrat dem Referendum nicht unterstehende Abkommen über den Waren-, Dienstleistungs- und Zahlungsverkehr vorläufig anwenden (Art. 2 des BG vom 25. Juni 1982 über ausenwirtschaftliche Massnahmen; SR 964.201). Um das Funktionieren der am 31. Juli 1986 abgeschlossenen Vereinbarung für die Schweiz balmöglichst zu gewährleisten - sie stellt ein wesentliches Wirtschaftsinteresse für unser Land dar - , schlagen wir vor, aufgrund der Kompetenz des Bundes zum Abschluss von Staatsverträgen (Art. 8 BV) und gestützt auf Art. 2 des genannten BG die Vereinbarung vom 1. Januar 1987 an vorläufig anzuwenden. Die Vereinbarung soll im Rahmen des Berichts zur Aussenwirtschaftspolitik 86/2 den eidgenössischen Räten in der kommenden Frühjahrssession zur nachträglichen Genehmigung unterbreitet werden. Ihre Geltungsdauer ist befristet. Da sie im übrigen weder den Beitritt zu einer internationalen Organisation vorsieht noch eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung herbeiführt, unterliegt sie nicht dem fakultativen Referendum nach Artikel 89 Absatz 3 BV.

Aus dem Beitritt zum MFA IV sind keine nennenswerten finanziellen und personellen Konsequenzen zu erwarten.

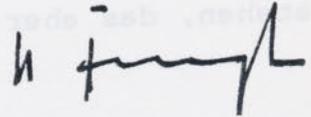
7. Aemterkonsultation

In der Aemterkonsultation wurden die BK, das EDA/DV/FWD, das EJPD/BJ und das EFD/EFV begrüsst. Ihren Bemerkungen wurde Rechnung getragen; es bestehen keine Differenzen.

8. Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

EIDG.

VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



zur Veröffentlichung: in die Amtliche Sammlung

Beilage: Protokoll zur Verlängerung des Multifaserabkommens vom 31. Juli 1986.

Zum Mitbericht an:

- Bundeskanzlei
- Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten/DV/FWD
- Eidg. Justiz- und Polizeidepartement/BJ
- Eidg. Finanzdepartement/EFV

Protokollauszug an:

EVD	15	(GS 5, BAWI 10)
EDA	5	
EFD	5	
BK	5	
EJPD	5	

Protokoll zur Verlängerung der Vereinbarung über den internationalen Handel mit Textilien

Aufgrund des Antrages des EVD vom 12. Dezember 1986

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen

1. Das Protokoll vom 31. Juli 1986 zur Verlängerung der Vereinbarung über den internationalen Handel mit Textilien wird genehmigt und vom 1. Januar 1987 an vorläufig angewendet.
2. Das BAWI wird ermächtigt, dem Generaldirektor des GATT die vorläufige Anwendung des Protokolls unter Genehmigungsvorbehalt zu notifizieren.
3. Das Protokoll wird mit dem Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 86/2 den eidgenössischen Räten zur Genehmigung unterbreitet.
4. Das BAWI wird ermächtigt, nach der parlamentarischen Genehmigung dem Generaldirektor des GATT die Erfüllung des innerstaatlichen Genehmigungsverfahrens zu notifizieren.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Veröffentlichung: Amtliche Sammlung

Anhang 2
Uebersetzung¹⁾

**Protokoll
zur Verlängerung der Vereinbarung
über den internationalen Handel mit Textilien**

Abgeschlossen in Genf am 31. Juli 1986
Am 1. Januar 1987 vorläufig in Kraft getreten.

Die Parteien der Vereinbarung ²⁾ über den internationalen Handel mit Textilien (nachstehend "Die Vereinbarung" oder "MFA" genannt),
in Uebereinstimmung mit Artikel 10 Absatz 5 der Vereinbarung,
begründen, dass die Bestimmungen der Vereinbarung über die Befugnisse des Textilausschusses und der Textilüberwachungsstelle erhalten bleiben und
vorbehältlich der Schlussfolgerungen des Textilausschusses vom 31. Juli 1986,
sind wie folgt übereingekommen:

1. Gemäss den im Anhang beigefügten Schlussfolgerungen des Textilausschusses, die einen integrierenden Bestandteil des vorliegenden Protokolls bilden, wird die Vereinbarung um fünf Jahre bis zum 31. Juli 1991 verlängert.
2. Dieses Protokoll wird beim Generaldirektor der VERTRAGSPARTEIEN des Allgemeinen Abkommens hinterlegt. Es liegt für die Parteien der Vereinbarung, die anderen Regierungen, welche die Vereinbarungen annehmen oder ihr gemäss Artikel 13

1) Uebersetzung des französischen Originaltextes

2) SR 0.632.251
AS 1982 1605.

beitreten und für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zur Annahme auf, die durch Unterzeichnung oder auf sonstige Weise erfolgen kann.

3. Dieses Protokoll tritt am 1. August 1986 für die Länder in Kraft, die es bis dahin angenommen haben. Für ein Land, das die Annahme später erklärt, tritt es zum Zeitpunkt dieser Annahme in Kraft.

Geschehen zu Genf am 31. Juli neunzehnhundertsechundachtzig in je einem Exemplar in französischer, englischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermassen verbindlich ist.

Schlussfolgerung des Textilausschusses vom 31. Juli 1986

1. Die Teilnehmer der Vereinbarung hatten einen Gedankenaustausch über die Zukunft der Vereinbarung.
2. Die Teilnehmer unterstrichen, dass die Grundziele des MFA darin bestehen, die Handelsausweitung, namentlich für die Entwicklungsländer, den Abbau der Handelshemmnisse und die schrittweise Liberalisierung des Welthandels bei textilerzeugnissen zu erreichen, bei gleichzeitiger Gewährleistung einer ungestörten und gerechten Entwicklung des Handels mit diesen Erzeugnissen sowie unter Vermeidung von Auswirkungen, die zur Zerrüttung der Märkte und Produktionszweige sowohl in den Einfuhr- als auch in den Ausfuhrländern führen.
3. Sie heben die Bedeutung hervor, die Liberalisierung des Handels mit Bekleidung und Textilien zu begünstigen. In diesem Zusammenhang haben sie die Notwendigkeit gemeinsamer Bemühungen aller Teilnehmer anerkannt. Sie sind übereingekommen, dass das Endziel in der Anwendung der GATT-Regeln auf den Textilhandel besteht.
4. Es wurde erneut betont, dass eines der Hauptziele bei der Anwendung der Vereinbarung darin besteht, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer zu fördern, eine wesentliche Erhöhung ihrer Einnahmen aus der Ausfuhr von Textilerzeugnissen sicherzustellen und ihnen die Möglichkeit zu verschaffen, sich in grösserem Ausmass am Welthandel dieser Erzeugnisse zu beteiligen. Die Teilnehmer verpflichten sich, durch Verbesserungen der unter dem MFA veränderten bilateralen Abkommen dazu beizutragen, den Marktzugang gesamthaft zu erweitern.
5. Es wurde auf den Umstand hingewiesen, dass der Rückgang der Wachstumsrate des Pro-Kopf-Verbrauchs an Textilerzeugnissen und Bekleidung mit dem Wiederauftreten oder der Verschärfung einer Marktzerüttung in Zusammenhang stehen

kann. Ausserdem wurde hervorgehoben, dass die Binnenmärkte durch technische Innovationen oder den Wandel des Konsumverhaltens beeinflusst werden können. In diesem Zusammenhang wurde daran erinnert, dass die Faktoren, die bei der Feststellung einer Marktzerüttung im Sinne der Vereinbarung zu berücksichtigen sind, in Anhang A aufgeführt sind.

6. Die Einfuhr-Teilnehmerländer verpflichten sich in Fällen, in denen ihrer Meinung nach eine Marktzerüttung oder die tatsächliche Gefahr einer Marktzerüttung im Sinne der Definition in den Absätzen I und II des Anhangs A vorliege, das Begehren um Massnahmen nach Artikel 3 oder 4 durch Beifügung aller vorhandenen und möglichst neusten Angaben, insbesondere zu den in Anhang A genannten Faktoren, genau und treffend begründet werden müssen. Bei Begehren nach Artikel 3 sollten sich die Angaben so genau wie möglich auf erkennbare Produktionsbereiche sowie auf die in Anhang B Absatz 1 Buchstabe a) genannte Referenzperiode beziehen. Die Einfuhr-Teilnehmerländer haben vereinbart, dass Massnahmen aufgrund des Vorhandenseins eines schwerwiegenden Nachteils oder einer echten Bedrohung für die inländischen Produzenten nicht ausschliesslich mit dem Niveau der Einfuhren oder deren Steigerung begründet werden dürfen. Die Teilnehmer sind übereingekommen, dass bei der Feststellung einer Marktzerüttung die Entwicklung der Lage des Wirtschaftszweiges des Einfuhrlandes, einschliesslich dessen Ausfuhrleistung und dessen einheimischen Marktanteil, gebührend zu berücksichtigen ist.
7. Die Teilnehmer sind übereingekommen, bei der Prüfung der Faktoren, die eine Marktzerüttung bewirken, sowohl die Faktoren unter (i) als auch die Faktoren unter (ii) in Absatz II des Anhangs A gebührend zu berücksichtigen.
8. Es wurde zum Ausdruck gebracht, dass sich für Einfuhrländer, die unter Artikel 3 Absatz 5 eingeführte Beschränkungen nach Massgabe des Ausfuhrdatums verwalten, besondere

Schwierigkeiten ergeben können, wenn in Ermangelung einer einvernehmlichen Lösung im Sinne des Artikels 3 Absatz 8 eine messbare Einfuhrsteigerung aufzutreten droht, die ein Wiederauftreten oder eine Verschärfung der Marktzerüttung zur Folge hätte oder die ungestörte und gerechte Entwicklung des Handels beeinträchtigen würde.

Es wurde vereinbart, dass das betreffende Einfuhrland in derartigen Fällen die bisherigen Beschränkungsmaßnahmen um weitere zwölf Monate verlängern darf, nach erfolgter Unterbreitung an die Textilüberwachungsstelle gemäss Artikel 3 Absatz 8. Zuwachs und Steigerungsraten für die nachfolgende, zwölfmonatige Beschränkungsperiode werden in Übereinstimmung mit den Vorschriften von Paragraph 3 und 5 Anhang B festgelegt.

9. Es wurde daran erinnert, dass in den Ausnahmefällen, in welchen sich eine Marktzerüttungslage wiederholt oder verschärft im Sinne von Anlage A und Anlage B, Abs. 2 und 3, die Parteien einer bilateralen Übereinkunft für ein gegebenes Produkt einer bestimmten Herkunft eine niedrigere positive Zuwachsrate vereinbaren können. Ferner ist vereinbart worden, dass, sofern die zunehmende Auswirkung eines stark beanspruchten Kontingentes, welches für das fragliche Produkt einer bestimmten Herkunft einen sehr hohen und zugleich einen wesentlichen Anteil am Textil- und Bekleidungsmarkt des Einfuhrlandes darstellenden Beschränkungssatz vorsieht, in einer solchen Übereinkunft berücksichtigt wird, das daran beteiligte Ausfuhrland jeglicher beidseitig annehmbaren Vereinbarungen über Flexibilität zustimmen kann.
10. Der Ausschuss bestätigte ferner, dass Ausfuhr-Teilnehmerländer, die im Exporthandel mit Textilerzeugnissen in allen der folgenden unter die Vereinbarung fallenden Fasern (Baumwolle, Wolle und Chemiefasern) marktdominierend sind, mit Import-Teilnehmerstaaten bezüglich der Steigerungssätze und der Flexibilitätsbestimmungen eine beider-

seitig annehmbare Lösung vereinbaren können; in keinem Falle dürfen jedoch Steigerungs- und Flexibilitätsraten negativ sein. Gleichzeitig anerkennen die Einfuhr-Teilnehmerländer die Bedeutung der Stabilität im Textilhandel für dominierende Export-Teilnehmerländer und die Notwendigkeit, diese Stabilität und Sicherheit während der gesamten Laufzeit ihrer bilateralen Abkommen zu gewährleisten, wobei auch der Notwendigkeit einer regelmässigen Entwicklung des Textilhandels Rechnung zu tragen ist.

11. Es wurde die Ansicht vertreten, dass in den Importländern durch starke und beträchtliche Einfuhrsteigerungen echte Schwierigkeiten verursacht werden können, die sich aus erheblichen Unterschieden zwischen den in Uebereinstimmung mit Anhang B ausgehandelten grösseren Beschränkungen einerseits und den tatsächlichen Einfuhren andererseits ergeben können. Wo solche Schwierigkeiten auftreten, können die Import- und Exportländer in Konsultationen treten, um eine gegenseitig annehmbare Lösung zu finden, gegebenenfalls unter Gewährung einer gerechten und qualifizierbaren Kompensation. Im Falle von regelmässig unterausgenutzten Quoten sollte auf Antrag deren Aufhebung in Betracht gezogen werden. Sollte eine aufgehobene Quote wiedereingeführt werden, so wird bei ihrer Festsetzung das frühere Beschränkungsniveau in vollem Umfang berücksichtigt.
12. Der Ausschuss anerkannte, dass teilnehmende Einfuhrländer, mit einem nur kleinen Markt und einem ausserordentlich hohen Einfuhrniveau und einer entsprechend niedrigen Inlandsproduktion, Problemen aufgrund von Einfuhren, die zu einer Marktzerüttung im Sinne des Anhangs A führen, besonders ausgesetzt sind und dass ihre Probleme billig und flexibel gelöst werden müssen, um zu vermeiden, dass eine minimale, noch überlebensfähige Textilproduktion Schaden leidet. Gleichzeitig bestätigte der Ausschuss die Verpflichtung dieser Länder, zur weiteren Liberalisierung des Welthandels mit Textilerzeugnissen

beizutragen. Die Teilnehmer kamen überein, dass diese Länder niedrigere positive Steigerungssätze als in Anhang B vorgesehen und im gegenseitigen Einvernehmen eine geringere Flexibilitätsrate als nach den Vorschriften des genannten Anhangs anwenden dürfen, wobei Einigkeit darüber besteht, dass künftige bilaterale Abkommen entsprechend dem Ausgangspunkt für jedes Einfuhrland in Bezug auf Steigerungssätze und Flexibilitätsbestimmungen bedeutende Verbesserungen gegenüber den früheren Abkommen beinhalten müssen. Die Teilnehmer kamen ferner überein, dass die Bestimmungen über die minimale lebensfähige Textilproduktion nur unter den in der Vereinbarung und diesem Absatz beschriebenen Umständen in Anspruch genommen werden dürfen.

13. Die Teilnehmerstaaten waren sich der Probleme bewusst, die die Beschränkungen für die Ausfuhren der erst seit kurzem am Markt beteiligten und für die kleinen Lieferanten, sowie für die Ausfuhren der Baumwollproduzenten bedeuten. Sie bekräftigen die Zusage, den Artikel 6 der Vereinbarung nach Wortlaut und Zweck einzuhalten und im Interesse der genannten Länder wirksam umzusetzen.

Zu diesem Zweck sind sie wie folgt übereingekommen:

- a) Beschränkungen der Ausfuhren der kleinen und neu dazukommenden Lieferanten sollten in der Regel vermieden werden.
- b) Ist ein Land durch die Umstände dazu gezwungen, Ausfuhren der am wenigsten entwickelten Länder zu beschränken, so soll diesen Ländern eine erheblich günstigere Behandlung gewährt werden als den anderen in diesem Absatz genannten Ländergruppen, vorzugsweise in allen Aspekten, zumindest aber insgesamt gesehen.
- c) Werden die Ausfuhren der erst seit kurzem am Markt beteiligten Länder und der Länder mit geringem Lieferumfang beschränkt, so sollen bei den wirtschaftlichen

Bestimmungen über Steigerungs- und Flexibilitätsraten die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten des Handels und die Notwendigkeit, Einfuhren in kommerziellem Umfang zu ermöglichen, gebührend berücksichtigt werden, um die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Lieferländer zu fördern.

- d) Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Ausfuhren von Baumwolltextilien der baumwollerzeugenden Ausfuhrländer. Soweit Beschränkungen gelten, muss diesen Ländern eine günstigere Behandlung mit Bezug auf Quoten, Steigerungs- und Flexibilitätsraten unter gebührender Berücksichtigung des Anhangs B gewährt werden. Diese Besondere Aufmerksamkeit muss in den in Absatz 4 vorgesehenen Verbesserungen in den bilateralen Abkommen zum Ausdruck kommen und der Ausgangslage jeden Landes, dem Grad der Krisenanfälligkeit der entsprechenden Industriezweige im Einfuhrland und der Bedeutung der Baumwolltextilausfuhren für die Wirtschaft des betreffenden Ausfuhrlandes Rechnung tragen.
- e) Die aussergewöhnliche Umstände und Fälle betreffenden Bestimmungen des Anhangs B sollen auf die Ausfuhren der erst seit kurzem am Markt beteiligten Länder und der Länder mit geringem Lieferumfang sowie auf den Handel mit Baumwolltextilien der baumwollerzeugenden Entwicklungsländer nur zurückhaltend angewendet werden.
- f) Bei jeder geplanten Beschränkung der Ausfuhren der erst seit kurzem am Markt beteiligten Länder, der Länder mit geringem Lieferumfang und der Erzeugerländer von Baumwolltextilien ist die Behandlung gleichartiger Ausfuhren der anderen Teilnehmer und von Nichtteilnehmern gemäss Artikel 8 Absatz 3 zu berücksichtigen.

14. Die Teilnehmer anerkannten, dass durch Beschränkungen für Wollerzeugnisse besondere Probleme für solche wollerzeugende Entwicklungsländer verursacht werden, deren Wirtschaft und Textilhandel vom Wollsektor abhängen, deren gesamte Textilausfuhren nahezu ausschliesslich aus Erzeugnissen und Bekleidung aus Wolle bestehen und deren Textilhandelsvolumen auf den Märkten der Einfuhrländer verhältnismässig gering ist. Es wurde vereinbart, bei der Anwendung von Schutzmassnahmen aufgrund des MFA den Exportbedürfnissen solcher Länder bei der Festlegung von Quoten, Steigerung- und Flexibilitätsätzen besondere Beachtung zu schenken, um einen insgesamt verbesserten Zugang zum Markt des Einfuhrlandes unter gebührender Berücksichtigung der Bestimmungen des Anhangs B zu gewährleisten.
15. In Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des MFA-Artikels 6 Absatz 6 über eine differenzierte Sonderbehandlung aufgrund der besonderen Art des in dem genannten Absatz bezeichneten Handels kamen die Teilnehmer überein, bei der Aushandlung bilateraler Beschränkungsmassnahmen das relative Ausmass, in dem diese Ausfuhren zu einer Marktzerüttung oder echten Gefahr einer Marktzerüttung beitragen, zu berücksichtigen.
16. Die Teilnehmer kamen überein, auf der Grundlage des MFA-Artikels 8 bei der Behandlung von Problemen im Zusammenhang mit der Umgehung des MFA uneingeschränkt zusammenzuarbeiten. Zu diesem Zweck wurde vereinbart, dass diese Zusammenarbeit das zur Ermittlung der sachdienlichen Tatsachen erforderliche Mass an administrativer Zusammenarbeit und den Austausch von verfügbaren Angaben und Unterlagen, im Einklang mit inländischen Rechtsvorschriften und Verfahren, einschliesst. Es wurde ferner vereinbart, dass bei Vorliegen von Beweisen über das tatsächliche Ursprungsland und die Umstände der Umgehung der Vereinbarung zu den entsprechenden Verwaltungsmassnahmen im Sinne

des Artikel 8 Absatz 2 grundsätzlich eine Berichtigung der Anrechnung auf die bestehenden Quoten gehören muss, um dem tatsächlichen Ursprung der Ware Rechnung zu tragen; jede derartige Berichtigung sowie ihr Zeitpunkt und Umfang werden zwischen den betroffenen Ländern im Rahmen von Konsultationen beschlossen, die zu einer beidseitig zufriedenstellenden Lösung führen sollen. Wird eine solche Lösung nicht erreicht, so kann jeder betroffene Teilnehmer die Frage gemäss Artikel 8 Absatz 2 der Textilüberwachungsstelle unterbreiten.

17. Die Teilnehmer vereinbarten, im Falle von in bezug auf Menge und Art der einzuführenden Textilwaren falschen Deklarationen durch den Austausch verfügbarer Angaben und Unterlagen, im Einklang mit den einschlägigen innerstaatlichen Rechtsvorschriften, zusammenzuarbeiten, um den Sachverhalt festzustellen und der betreffenden Regierung die Möglichkeit zu geben, gemäss innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Verfahren geeignete Massnahmen zu treffen.
18. Die Einführung von Aenderungen (z.B. Aenderungen von Praktiken, Regeln und Verfahren sowie der Klassifizierung von Textilwaren, einschliesslich der Aenderungen im Zusammenhang mit dem Harmonisierten System) in der Durchführung oder Auslegung bilateraler Textilabkommen oder der Vereinbarung, die eine Störung des Gleichgewichts der Rechte und Pflichten zwischen den betreffenden Parteien zur Folge haben, oder den wirtschaftlichen Inhalt eines bilateralen Abkommens beeinträchtigen, oder einen Teilnehmer daran hindern, ein bilaterales Abkommen in Anspruch zu nehmen oder auszunutzen, oder zu einer Zerrüttung des Handels führen, wird so weit wie möglich vermieden. Die Teilnehmer vereinbarten, dass, soweit solche Aenderungen erforderlich sind, der Teilnehmer, der solche Aenderungen vornehmen will, soweit möglich den betroffenen Teilnehmer unterrichtet und Konsultationen einleitet, bevor solche Aenderungen den betreffenden Handel beeinträchtigen können, um eine beiderseitig annehmbare Lösung

in bezug auf angemessene und gerechte Anpassung zu finden. Die Teilnehmer kamen ferner überein, dass in Fällen, wo vorgängige Konsultationen nicht möglich sind, der Teilnehmer, der solche Änderungen vornimmt, so bald wie möglich mit dem betroffenen Teilnehmer Konsultationen einleitet, um eine beiderseitig zufriedenstellende Lösung in bezug auf angemessene und gerechte Anpassungen zu finden. Jeder Streit im Rahmen dieser Bestimmung kann der Textilüberwachungsstelle vorgelegt werden, die Empfehlungen ausspricht.

19. Im Bestreben, die in der MFA-Vereinbarung niedergelegten Liberalisierungsziele voranzutreiben, bekräftigte der Ausschuss die Notwendigkeit, Politik und Massnahmen zur Anpassung sowie die eigenen Bemühungen um Anpassung im Sinne des Artikels 1 Absatz 4 zu überwachen. Zu diesem Zweck beschloss der Ausschuss, dass der Unterausschuss für Anpassung weiterhin in regelmässigen Abständen die Entwicklung der eigenen Anpassungs Bemühungen, der Politik und der Massnahmen zur Erleichterung der Anpassung, sowie die Entwicklung der Textilproduktion und des Textilhandels prüft, wobei er sich auf die von den Teilnehmerstaaten gelieferten Unterlagen und Angaben sowie auf zusätzliche Unterlagen und Angaben stützt, die das Sekretariat aus anderen Quellen bezieht, und alle ergänzenden Untersuchungen durch das Sekretariat heranzieht. Es wurde auf die Auswirkungen technischer Entwicklungen auf die komparativen Vorteile und die Wettbewerbsfähigkeit im Textilhandel hingewiesen. Die Teilnehmerländer wurden ersucht, dem Unterausschuss für Anpassung alle sachdienlichen und dem neuesten Stand entsprechenden Angaben, unter anderem über Produktion und Handel, zu übermitteln, die der Unterschuss benötigt, um seine Aufgaben zu erfüllen und in regelmässigen Abständen dem Textilausschuss Bericht zu erstatten, damit dieser seinen Verpflichtungen nach Artikel 10 Absatz 2 nachkommen kann.

20. Die Teilnehmer bekräftigten die Wichtigkeit der Funktionsfähigkeit des Textilausschusses, des Unterausschusses für Anpassung und der Textilüberwachungsstelle in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereiche. In diesem Zusammenhang wiesen die Teilnehmer nachdrücklich auf die Bedeutung der in Artikel 11 MFA aufgeführten Aufgaben der Textilüberwachungsstelle hin.
21. Die Teilnehmer bekräftigten ebenfalls, dass die Textilüberwachungsstelle ihre in Artikel 11 genannten Aufgaben so wahrzunehmen hat, dass sie dazu beiträgt, das wirksame und gerechte Funktionieren der Vereinbarung zu gewährleisten und die Erreichung ihrer Ziele zu fördern. In diesem Zusammenhang anerkannte der Ausschuss die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmern, damit die Textilüberwachungsstelle wirksam ihre Verantwortung wahrnehmen kann.
22. Die Teilnehmer kamen überein, dass die Textilüberwachungsstelle sich bei der Prüfung von Problemen im Zusammenhang mit der Durchführung von bilateralen Abkommen oder Massnahmen im Rahmen der Vereinbarung und im Hinblick auf die Erfüllung ihrer Aufgaben in bezug auf die Ueberprüfung solcher Massnahmen mit Fragen der Auslegung der betreffenden Bestimmungen der Vereinbarung befassen kann.
23. Angesichts der wichtigen Rolle der Textilüberwachungsstelle und der wachsenden Teilnehmerzahl am MFA vereinbarten die Teilnehmer, die Möglichkeit einer Erhöhung der Zahl der Mitglieder der Textilüberwachungsstelle zu prüfen.
24. (i) Der Ausschuss nahm die Bedenken einiger Einfuhrländer wegen erheblich gestiegener Einfuhren von Textilien aus pflanzlichen Fasern, Gemischen von pflanzlichen Fasern mit in Artikel 12 genannten

Fasern und seidenhaltigen Gemischen, die in mittelbarem Wettbewerb mit Textilien aus in Artikel 12 genannten Fasern stehen, zur Kenntnis. Dementsprechend kam der Ausschuss überein, dass die Artikel 3 und 4 für unmittelbar konkurrierende Einfuhren solcher Textilien, bei denen irgendeine dieser Fasern oder eine Mischung aller dieser Fasern wertmässig den Hauptanteil der Fasern an dem Erzeugnis oder 50 oder mehr Gewichtsprozente des Erzeugnisses ausmacht, in Anspruch genommen werden können, wenn diese Einfuhren eine Marktzerüttung oder echte Gefahr einer Marktzerüttung verursachen, wobei auch Artikel 8 Absatz 3 der Vereinbarung zu berücksichtigen ist.

- (ii) Bei der Prüfung einer behaupteten Marktzerüttung ist die Textilüberwachungsstelle angewiesen, dem Beweismaterial besondere Aufmerksamkeit zu schenken, das den mittelbaren Wettbewerb dieser Erzeugnisse mit den im betreffenden Einfuhrland hergestellten Erzeugnisse aus Baumwolle, Wolle oder Chemiefasern nachweist.
 - (iii) Es besteht Einvernehmen darüber, dass keine Beschränkungen für traditionell gehandelte Textilwaren angewendet werden, die vor 1982 in wirtschaftlich erheblichen Mengen international gehandelt wurden, wie Säcke und Beutel, Teppichunterlagen, Seilerwaren, Gepäck, Matten und Teppiche, die üblicherweise aus Fasern wie Jute, Kokosfasern, Sisal, Manilahanf, Maguey und Henneken, bestehen;
25. Bei der schrittweisen Abschaffung der Beschränkungen nach der Vereinbarung sollen Handelssektoren - zum Beispiel der Wollkammgarnsektor - und Lieferanten, für die in der Vereinbarung eine günstigere Sonderbehandlung im Sinne des Artikels 6 vorgesehen ist, vorrangig Aufmerksamkeit erhalten.

26. Es wurde für erforderlich gehalten, dass zum ordnungsgemässen Funktionieren des MFA alle Teilnehmer davon absehen, bei den unter die Vereinbarung fallenden Textilien darin nicht vorgesehene Massnahmen zu ergreifen, solange sie nicht alle Möglichkeiten der Vereinbarung ausgeschöpft haben.
27. Die Teilnehmer nahmen die Besorgnisse einer Anzahl von Teilnehmern in bezug auf das Problem der Verletzung von eingetragenen Warenzeichen und Mustern im Handel mit Textilwaren und Bekleidung zur Kenntnis und stellten fest, dass solche Probleme in Uebereinstimmung mit den einschlägigen innerstaatlichen Rechtsvorschriften gelöst werden können.
28. Angesichts der in Absatz 2 erwähnten erklärten Ziele und auf der Grundlage der Elemente der vorstehenden Absätze - die diejenigen vom 22. Dezember 1981 vollständig ersetzen - vertrat der Textilausschuss die Auffassung, dass die Vereinbarung für einen Zeitraum von fünf Jahren verlängert werden sollte, vorausgesetzt, dass dies durch die Unterzeichnung eines entsprechenden Protokolls am 31. Juli 1986 bestätigt wird.

Für die BR.-Sitzung
vom 22. DEZ 1986

PROTOCOLE
PORTANT PROROGATION DE L'ARRANGEMENT
CONCERNANT LE COMMERCE INTERNATIONAL DES TEXTILES

A la suite d'une réunion du Comité des textiles qui s'est tenue le 31 juillet 1986, l'Arrangement concernant le commerce international des textiles, en date du 20 décembre 1973, qui arrivait à expiration le 31 juillet 1986, a été prorogé pour une nouvelle période de cinq ans, soit jusqu'au 31 juillet 1991.

Le Protocole portant prorogation de l'Arrangement concernant le commerce international des textiles est ouvert à la signature au Bureau des affaires juridiques.

Le texte du Protocole est reproduit en annexe.

PROTOCOLE PORTANT PROROGATION DE L'ARRANGEMENT CONCERNANT
LE COMMERCE INTERNATIONAL DES TEXTILES

LES PARTIES à l'Arrangement concernant le commerce international des textiles (ci-après dénommé "l'Arrangement" ou "l'AMF"),

AGISSANT conformément au paragraphe 5 de l'article 10 de l'Arrangement,

REAFFIRMANT que les dispositions de l'Arrangement qui concernent la compétence du Comité des textiles et de l'Organe de surveillance des textiles sont maintenues, et

SOUS RESERVE des conclusions du Comité des textiles adoptées le 31 juillet 1986,

SONT CONVENUES de ce qui suit:

1. Conformément aux conclusions du Comité des textiles qui sont jointes en annexe et qui font partie intégrante du présent Protocole, l'Arrangement est prorogé de cinq ans, jusqu'au 31 juillet 1991.
2. Le présent Protocole sera déposé auprès du Directeur général des PARTIES CONTRACTANTES à l'Accord général. Il sera ouvert à l'acceptation, par signature ou autrement, des parties à l'Arrangement, des autres gouvernements qui acceptent l'Arrangement ou y accèdent conformément aux dispositions de son article 13, et de la Communauté économique européenne.
3. Le présent Protocole entrera en vigueur le 1er août 1986 pour les pays qui l'auront accepté à cette date. Pour tout pays qui l'acceptera à une date ultérieure, il entrera en vigueur à la date de cette acceptation.

Fait à Genève, le trente et un juillet mil neuf cent quatre-vingt-six, en un seul exemplaire, en langues française, anglaise et espagnole, les trois textes faisant également foi.

CONCLUSIONS DU COMITE DES TEXTILES ADOPTÉES LE 31 JUILLET 1986

1. Les participants à l'Arrangement ont échangé leurs vues concernant l'avenir de l'Arrangement.
2. Les participants ont souligné que les objectifs fondamentaux de l'AMF sont de réaliser l'expansion du commerce des textiles, en particulier pour les pays en voie de développement, l'abaissement des obstacles au commerce mondial de ces produits et sa libéralisation progressive, tout en assurant le développement ordonné et équitable du commerce de ces produits et en évitant les effets de désorganisation sur des marchés et sur des types de productions, aussi bien de pays importateurs que de pays exportateurs.
3. Les participants ont souligné qu'il est important de favoriser la libéralisation du commerce des textiles et des vêtements. Ils ont reconnu qu'il est nécessaire à cet égard que tous les participants déploient des efforts concertés. Ils sont convenus que l'objectif final est d'appliquer les règles de l'Accord général au commerce des textiles.
4. Il a été réitéré que, dans la mise en oeuvre de l'Arrangement, l'un des principaux objectifs est de favoriser le développement économique et social des pays en voie de développement, d'assurer un accroissement substantiel de leurs recettes provenant de l'exportation de produits textiles, et de leur permettre d'obtenir une plus grande part du commerce mondial de ces produits. Les participants se sont engagés à y contribuer en améliorant les accords bilatéraux conclus au titre de l'Arrangement, qui devraient prévoir un élargissement de l'accès effectif considéré globalement.
5. L'attention a été appelée sur le fait qu'il peut exister une relation entre la baisse du taux de croissance de la consommation de textiles et de vêtements par habitant et le retour ou l'exacerbation d'une situation de désorganisation du marché. L'attention a été également appelée sur le fait que les marchés intérieurs peuvent être affectés par des éléments tels que des changements technologiques ou des changements dans les préférences des consommateurs. Il a été rappelé à cet égard que les facteurs dont il y a lieu de tenir compte pour la détermination d'une situation de désorganisation du marché au sens de l'Arrangement, sont énumérés à l'Annexe A.
6. Les participants importateurs se sont engagés à ce que, lorsqu'il existera, à leur avis, un cas de désorganisation du marché ou un risque réel de désorganisation du marché au sens de la définition figurant aux paragraphes I et II de l'Annexe A, les demandes tendant à l'adoption de mesures au titre des articles 3 ou 4 soient assorties des renseignements factuels précis, pertinents et aussi récents que possible dont ils disposeront, surtout en ce qui concerne les facteurs indiqués à l'Annexe A. S'agissant de demandes présentées au titre de l'article 3, les renseignements devraient se rapporter aussi étroitement que possible à des segments de production identifiables et à la période de référence visée au paragraphe 1, alinéa a), de l'Annexe B. Les participants importateurs sont

convenus que les mesures prises sur la base de l'existence d'un préjudice grave ou d'une menace réelle de préjudice grave pour les producteurs nationaux au sens du paragraphe I de l'Annexe A ne pourront pas être fondées uniquement sur le niveau ou la croissance des importations. Les participants sont convenus que, dans la détermination d'une situation de désorganisation du marché, il devra être dûment tenu compte de l'évolution de la situation de l'industrie nationale du pays importateur, notamment du niveau de ses exportations et de la part du marché qu'elle détient.

7. Les participants sont convenus que, lorsque les facteurs à l'origine d'une situation de désorganisation du marché seront examinés, il sera dûment tenu compte des facteurs indiqués aux alinéas i) et ii) du paragraphe II de l'Annexe A.

8. L'opinion a été exprimée que les pays importateurs qui administrent des restrictions instituées au titre de l'article 3, paragraphe 5, sur la base de la date de l'exportation sont exposés à des difficultés spéciales lorsque, en l'absence d'une solution convenue d'un commun accord, tel qu'il est indiqué à l'article 3, paragraphe 8, un accroissement imminent et mesurable des importations est possible, qui entraîne le retour ou l'exacerbation d'une situation de désorganisation du marché ou qui empêche le développement régulier et ordonné du commerce. Il a été convenu qu'en pareils cas, et après en avoir informé l'Organe de surveillance des textiles conformément à l'article 3, paragraphe 8, le pays importateur pourra proroger pour une nouvelle période de 12 mois la limitation qu'il appliquait précédemment. Les dispositions des paragraphes 3 et 5 de l'annexe B relatives à la croissance et à la flexibilité seront applicables à la limitation pendant la période ultérieure de 12 mois.

9. Il a été rappelé que, dans les cas exceptionnels de retour ou d'exacerbation d'une situation de désorganisation du marché au sens de l'Annexe A et des paragraphes 2 et 3 de l'Annexe B, les parties à un accord bilatéral peuvent convenir d'un coefficient de croissance positif moins élevé pour un produit donné d'une certaine provenance. Il a en outre été convenu que si un tel accord a pris en compte l'incidence croissante d'un contingent fortement utilisé et comportant un niveau de limitation très élevé pour le produit en question d'une certaine provenance qui représente une part très importante du marché des textiles et du vêtement du pays importateur, le pays exportateur partie à cet accord peut souscrire à tout arrangement mutuellement acceptable en ce qui concerne la flexibilité.

10. Le Comité a également confirmé que des participants exportateurs qui prédominent dans l'exportation de produits textiles de toutes les fibres suivantes visées par l'Arrangement, à savoir le coton, la laine et les fibres synthétiques et artificielles, peuvent convenir avec des participants importateurs d'une solution mutuellement acceptable concernant la croissance et la flexibilité; en aucun cas, cependant, la croissance et la flexibilité ne devraient être négatives. Les participants importateurs ont reconnu de leur côté l'importance que la stabilité du commerce des textiles revêt pour les participants exportateurs prédominants, ainsi que la

nécessité d'assurer la stabilité et la certitude pendant toute la période de validité de leurs accords bilatéraux, eu égard également à la nécessité d'un développement ordonné du commerce des textiles.

11. L'opinion a été exprimée que des difficultés réelles peuvent être causées dans les pays importateurs par des augmentations brusques et substantielles des importations résultant de différences sensibles entre les niveaux de limitation négociés conformément à l'Annexe B et les importations effectives. Lorsque de telles difficultés surgiront, le pays exportateur et le pays importateur pourront se consulter afin d'arriver à une solution mutuellement acceptable, qui pourra notamment être, s'il y a lieu, l'octroi d'une compensation équitable et quantifiable. En ce qui concerne les contingents régulièrement sous-utilisés, il conviendrait d'envisager leur élimination sur demande. Si un contingent qui a été éliminé est rétabli, son niveau tiendra pleinement compte du niveau de limitation antérieur.

12. Le Comité a reconnu que les pays importateurs participants qui n'ont qu'un petit marché, avec un niveau d'importations exceptionnellement élevé et une production intérieure corrélativement basse, sont particulièrement exposés à connaître les problèmes qui résultent d'importations causant une désorganisation du marché telle qu'elle est définie à l'Annexe A, et que leurs problèmes devraient être résolus dans un esprit d'équité et de flexibilité afin d'éviter qu'il soit porté atteinte à leur production minimum viable de textiles. En outre, le Comité a noté que ces pays s'engageaient à contribuer à la poursuite de la libéralisation du commerce mondial des produits textiles. Les participants sont convenus que ces pays peuvent appliquer des coefficients de croissance moins élevés, ainsi qu'il est indiqué à l'Annexe B, et, sur une base mutuellement acceptable, des coefficients de flexibilité inférieurs aux normes fixées à ladite annexe, étant entendu que les accords bilatéraux futurs représenteront, selon le point de départ pour chaque pays importateur, en ce qui concerne la croissance et la flexibilité, des améliorations significatives par rapport aux accords précédents. Les participants sont également convenus que les dispositions relatives à la production minimum viable ne peuvent être invoquées que dans les circonstances énoncées dans l'Arrangement et dans le présent paragraphe.

13. Les pays participants avaient conscience des problèmes que posent les limitations appliquées aux exportations des nouveaux venus et des petits fournisseurs, ainsi qu'à celles de textiles de coton des pays producteurs de coton. Ils ont réaffirmé leur attachement à la lettre et à l'esprit de l'article 6 de l'Arrangement et à la mise en oeuvre efficace de cet article dans l'intérêt de ces pays.

A cet effet, ils sont convenus de ce qui suit:

- a) Il ne sera en principe pas appliqué de limitations aux exportations des petits fournisseurs, des nouveaux venus et des pays les moins avancés.

- b) Si les circonstances obligent le pays importateur à limiter les exportations des pays les moins avancés, le traitement accordé à ces pays devrait être sensiblement plus favorable, de préférence dans tous ses éléments mais au moins dans sa globalité, que celui qui est accordé aux autres groupes visés dans le présent paragraphe.
- c) Lorsque des limitations sont appliquées aux exportations des nouveaux venus et des petits fournisseurs, les conditions de caractère économique concernant les coefficients de croissance et de flexibilité devraient tenir dûment compte des possibilités futures de développement des échanges et de la nécessité de permettre des importations en quantités commerciales afin de favoriser le développement économique et social de ces fournisseurs.
- d) Il conviendrait de prêter une attention spéciale aux exportations de textiles de coton des pays producteurs de coton. Lorsque des limitations sont appliquées, un traitement plus favorable devrait leur être accordé, pour ce qui est des contingents, des coefficients de croissance et de la flexibilité, compte dûment tenu des dispositions de l'Annexe B. Cette attention spéciale devrait se traduire par les améliorations des accords bilatéraux que prévoit le paragraphe 4 ci-dessus et tenir compte du point de départ pour chaque pays, de la vulnérabilité des secteurs industriels concernés dans le pays importateur, ainsi que de l'importance des exportations de textiles de coton dans l'économie du pays exportateur concerné.
- e) Les dispositions de l'Annexe B relatives aux circonstances et aux cas exceptionnels devraient être appliquées avec retenue aux exportations des nouveaux venus et des petits fournisseurs et au commerce de textiles de coton des pays en voie de développement producteurs de coton.
- f) Toute limitation qu'il serait envisagé d'appliquer aux exportations des nouveaux venus, des petits fournisseurs et des pays producteurs de textiles de coton devra tenir compte du traitement appliqué aux exportations similaires des autres participants, et à celles des non-participants, conformément aux dispositions de l'article 8, paragraphe 3.

14. Les participants ont reconnu que les restrictions appliquées aux produits en laine créent des problèmes particuliers pour les pays en voie de développement producteurs de laine dont l'économie et le commerce des textiles sont tributaires du secteur de la laine, dont les exportations totales de textiles se composent presque exclusivement de textiles et de vêtements en laine et dont les expéditions de textiles sont, en volume, comparativement faibles sur les marchés des pays importateurs. Il a été convenu que, dans l'application des mesures de sauvegarde au titre de l'Arrangement, une attention particulière sera prêtée aux besoins d'exportation de ces pays lorsqu'il s'agira de prévoir le niveau des contingents,

les coefficients de croissance et la flexibilité, de façon à améliorer l'accès global sur le marché du pays importateur, en tenant dûment compte des dispositions de l'Annexe B.

15. Conformément aux dispositions de l'article 6 du paragraphe 6 de l'Arrangement qui prévoient que l'on prendra en considération l'application d'un traitement spécial, différencié et plus favorable, eu égard à la nature spéciale du commerce dont il est question dans ledit paragraphe, les participants sont convenus que, dans la négociation de limitations bilatérales, il sera tenu compte de la mesure relative dans laquelle ces exportations contribuent à des situations de désorganisation du marché ou à un risque réel de désorganisation du marché.

16. Les participants sont convenus de coopérer pleinement pour traiter, à la lumière des dispositions de l'article 8 de l'Arrangement, les problèmes relatifs au contournement dudit Arrangement. A cette fin, il est convenu que cette coopération comprendra la coopération administrative et l'échange, conformément aux législations et procédures nationales, des informations et des documents disponibles qu'exige l'établissement des faits pertinents. Il a en outre été convenu que, lorsque l'on disposera de preuves concernant le véritable pays d'origine et les circonstances dans lesquelles l'Arrangement a été contourné, les mesures administratives appropriées dont il est question à l'article 8, paragraphe 2, devraient comprendre en principe un ajustement des imputations sur les contingents existants, pour tenir compte du véritable pays d'origine; tout ajustement de cette nature, ainsi que le moment où il sera opéré et sa portée, seront décidés dans le cadre de consultations menées entre les pays concernés en vue d'arriver à une solution mutuellement satisfaisante. Si une telle solution n'intervient pas, tout participant concerné pourra porter la question devant l'Organe de surveillance des textiles conformément aux dispositions de l'article 8, paragraphe 2.

17. Les participants sont convenus de collaborer en cas de fausse déclaration au sujet de la quantité et du type de produits textiles présentés pour importation; à cette fin, ils échangeront, conformément aux législations nationales applicables, les renseignements et documents dont ils disposeront, afin d'établir les faits pertinents et de permettre au gouvernement concerné d'adopter les mesures appropriées selon les législations et procédures nationales.

18. En ce qui concerne la mise en oeuvre ou l'interprétation d'accords bilatéraux relatifs aux textiles ou de l'Arrangement, les participants éviteront autant que possible d'introduire des modifications (par exemple dans les pratiques, règles, procédures, classement des produits textiles par catégorie, y compris des modifications liées au Système harmonisé) qui auraient pour effet de bouleverser l'équilibre des droits et obligations des parties concernées, affecteraient le contenu économique d'un accord bilatéral ou la capacité d'un participant d'utiliser pleinement un accord bilatéral ou d'en tirer tous les avantages, ou perturberaient les échanges. Lorsque de telles modifications seront nécessaires, les participants sont

convenus que le participant qui en introduira devra, toutes les fois que cela sera possible, informer le participant touché et engager avec lui des consultations avant que ces modifications n'affectent le commerce en question, en vue d'arriver à une solution mutuellement acceptable quant à des ajustements appropriés et équitables. Les participants sont en outre convenus que, lorsqu'il ne sera pas possible d'entrer en consultation avant la mise en oeuvre d'une modification de cette nature, le participant qui l'aura introduite engagera le plus vite possible des consultations avec le participant touché en vue d'arriver à une solution mutuellement satisfaisante quant aux ajustements appropriés et équitables. Tout différend relevant de la présente disposition pourra être porté devant l'Organe de surveillance des textiles aux fins de recommandation.

19. Conformément à l'objectif de libéralisation du commerce énoncé dans l'Arrangement, le Comité a réaffirmé la nécessité de surveiller les politiques et mesures d'ajustement ainsi que les processus autonomes d'ajustement visés à l'article premier, paragraphe 4. A cet effet, le Comité a décidé que le Sous-Comité des ajustements de structure devrait continuer d'examiner périodiquement l'évolution des processus autonomes d'ajustement, des politiques et mesures destinées à faciliter l'ajustement, ainsi que de la production et du commerce des textiles, en se fondant sur la documentation et les renseignements que fourniront les pays participants et sur la documentation et les renseignements additionnels que le secrétariat se procurera à d'autres sources, ainsi qu'à l'aide de toute analyse connexe que celui-ci lui fournira. L'incidence de l'évolution technologique sur l'avantage comparatif et la compétitivité dans le commerce des textiles a été soulignée. Les pays participants ont été instamment priés de communiquer au Sous-Comité des ajustements de structure tous renseignements pertinents et récents concernant notamment la production et le commerce, dont le Sous-Comité a besoin pour s'acquitter de sa fonction, et de présenter périodiquement un rapport au Comité des textiles pour que celui-ci puisse remplir les obligations qui lui incombent au titre du paragraphe 2 de l'article 10.

20. Les participants ont réaffirmé qu'il importe que le Comité des textiles, le Sous-Comité des ajustements de structure et l'Organe de surveillance des textiles fonctionnent efficacement dans leurs domaines de compétence respectifs. Ils ont insisté à cet égard sur l'importance des responsabilités de l'Organe de surveillance des textiles énoncées à l'article 11 de l'AMF.

21. Les participants ont également réaffirmé que le rôle de l'Organe de surveillance des textiles consiste à s'acquitter des fonctions indiquées à l'article 11 de façon à contribuer à assurer le fonctionnement efficace et équitable de l'Arrangement et à favoriser la réalisation de ses objectifs. A ce sujet, le Comité a reconnu la nécessité d'une étroite coopération entre les participants pour que l'Organe de surveillance des textiles puisse assumer efficacement ses responsabilités.

22. Les participants sont convenus que l'Organe de surveillance des textiles, lorsqu'il examinera des problèmes résultant de l'application d'accords bilatéraux qui auront été conclus, ou de mesures bilatérales qui auront été prises, au titre de l'Arrangement, pourra, afin de s'acquitter de la fonction qui lui a été impartie d'examiner ces accords ou mesures, traiter des problèmes d'interprétation des dispositions de l'Arrangement qui seront applicables en l'espèce.
23. Tenant compte du rôle important de l'Organe de surveillance des textiles et eu égard à l'accroissement du nombre des pays participant à l'Arrangement, les participants sont convenus d'examiner la possibilité d'augmenter le nombre des membres de l'Organe de surveillance des textiles.
24. i) Le Comité a pris acte des préoccupations que cause à quelques pays importateurs l'augmentation substantielle des importations de textiles constitués de fibres végétales, de mélanges de fibres végétales et de fibres spécifiées à l'article 12, et de mélanges contenant de la soie, qui font une concurrence directe aux textiles constitués des fibres spécifiées à l'article 12. En conséquence, le Comité est convenu que les dispositions des articles 3 et 4 pourraient, en tenant compte également des dispositions de l'article 8, paragraphe 3 de l'Arrangement, être invoquées à l'égard des importations directement concurrentes de ces textiles, dans lesquelles l'une quelconque de ces fibres ou toutes ces fibres combinées constituent soit l'élément de principale valeur des fibres, soit 50 pour cent ou plus du poids du produit qui est la cause de la désorganisation du marché ou d'un risque réel de désorganisation du marché.
- ii) En examinant s'il y a désorganisation du marché, l'Organe de surveillance des textiles est tenu d'accorder une attention particulière aux éléments qui démontrent que ces produits concurrencent de manière directe les produits en coton, en laine ou en fibres chimiques, fabriqués dans le pays importateur concerné.
- iii) Il est entendu que les limitations ne s'appliqueront pas aux textiles dont le commerce est attesté dans le passé et qui faisaient l'objet d'échanges internationaux en quantités commerciales significatives avant 1982, tels que les sacs, dossiers de tapis, cordages, bagages et tapis typiquement fabriqués à partir de fibres telles que le jute, la fibre de coco, le sisal, l'abaca, le cantala et le henequen.
25. Dans le cadre de l'élimination progressive des limitations au titre de l'Arrangement, une attention prioritaire serait accordée aux secteurs du commerce, par exemple, celui des peignés de laine, et aux fournisseurs pour lesquels l'Arrangement prévoit un traitement spécial et plus favorable, ainsi qu'il est indiqué à l'article 6.
26. Il a été estimé que, pour assurer le bon fonctionnement de l'AMF, tous les participants devraient s'abstenir d'appliquer aux textiles visés par l'Arrangement des mesures non prévues par les dispositions de celui-ci, aussi longtemps qu'ils n'en auront pas épuisé toutes les mesures correctives.

L/6030
Page 10

27. Les participants ont pris acte des préoccupations exprimées par un certain nombre de participants au sujet du problème de la contrefaçon, des marques de commerce et des dessins ou modèles déposés dans le commerce des textiles et des vêtements. Ils ont noté que ce problème pouvait être réglé conformément aux lois et règlements nationaux applicables dans ce domaine.

28. Eu égard aux objectifs déclarés qui sont énoncés au paragraphe 2 ci-dessus, et sur la base des éléments mentionnés aux paragraphes précédents, qui remplacent dans leur totalité ceux qui avaient été adoptés le 22 décembre 1981, le Comité des textiles a estimé que l'Arrangement devrait être prorogé pour une période de cinq ans, sous réserve de confirmation par la signature, à partir du 31 juillet 1986, d'un Protocole établi à cet effet.